

Wohnungsnot und Wohnungselend.

Stadtrat d. D. Treffert, Berlin.

Wohnungsnot und Wohnungseind schreien zum Himmel. Schon die trockenen Zahlen — es fehlen in Deutschland ca. 600 000 Wohnungen — reden eine deutsche Sprache. Wer Gerechtigkeit hat im Vincenzverein, Caritasverband und in der Wohnungsdeputation oder -Kommission mitzuwirken und täglich das graue Elend der Wohnungsnot vor Augen geführt bekommt, muß zu der Erkenntnis kommen, daß es hier eine der wichtigsten Aufgaben für Familie und Staat und für das Volkswohl zu lösen gilt.

Die viele Geistliche, Lehrer, Sozialpolitiker, Klerge, Leiter von Erziehungsanstalten und Gefängnissen, wie viele besorgte Frauen und Mütter haben schon auf die gesundheitlichen und sittlichen Folgen der Wohnungsnot und des Wohnungsbefehrs hingewiesen und die Schäden für Körper, Geist und Seele eindringlich geschildert. Es ist ja auch selbstverständlich, die Hausfrau kann kein Heim in Stube und Küche schaffen, in denen drei Generationen haufen; die Mutter kann keine häuslichkeit schaffen, wenn die Kinder keinen Raum für Freiheit und Ordnung haben; die Lehrerin kann nichts von Kindern verlangen, die mit 2 und 3 Geschwister in einem Bett schlafen und die für ihre Schularbeiten keinen anderen Platz als den Fußboden haben. Die Krankenpflegerin kann nicht die einfachsten Grundregeln der Hygiene anwenden, wo gesunde und anstehende Kranke zusammenschlafen müssen; die kaufmännische Angestellte kommt nie aus dem Glend der möblierten Zimmer heraus; die Fürsorgerin arbeitet vergeblich gegen Verwahrlosung und Unsitlichkeit, solange keine gesunde Wohnungen vorhanden sind. Der Arbeiter, Angestellte und Beamte ist nicht fähig, seine geistigen und körperlichen Kräfte zu entfalten und Liebe und Lust zur Arbeit zu haben, wenn er und seine Familie ihr Leben in Wohnungen zubringen müssen, die kaum den Namen verdienen.

Das Wohnungsgeld und die Wohnungsnot sind so groß, daß auch die **Wirtschaftsministerien in Süda** am 25. März 1927 in einem offiziellen Schreiben zu der Wohnungsnot Stellung nimmt. Die **W**irtschaften erklären, sie möchten das öffentliche Gewissen wachrufen, auf daß die Beseitigung des Wohnungsgelds zur gemeinsamen Aufgabe des ganzen Volkes wird. Die notwendigen Mittel zur Linderung der Wohnungsnot müßten durch Einschränkung weniger wichtiger Aufgaben gewonnen werden. Ein besonderes Wort wird noch eingelegt zugunsten der Herstellung von guten Kleinwohnungen und dann aufzuerst zum Verständnis und zur Tatkraft, zum Opferinn und zur Ausdauer.

Wohl keine andere Partei darf für sich in Anspruch nehmen, sobald praktisch zur Lösung der Wohnungsnot beizutragen zu haben wie die Zentrumspartei. Sie hat nicht die weitgehendsten Anträge gestellt, wenn sie von vornherein wußte, daß sie unerfüllbar waren, so wie es Kommunisten, Sozialisten und andere Parteien vielfach getan haben. Die Vorschläge zur Linderung der Wohnungsnot waren von Männern der Praxis gemacht und auf ihre Durchführbarkeit geprüft. Das Zentrum schlug sogar manchmal Maßnahmen vor, die im ersten Augenblick manchem nicht recht verständlich waren. Man braucht nur an die Mitwirkung des Zentrums bei der Hauszinssteuer, bei der Erhöhung der Mieten, bei dem systematischen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft zu erinnern. Aber allen diesen Maßnahmen stimmte das Zentrum zu, immer in der Überzeugung, daß diese Mittel angewandt werden müssen, um endlich aus der Wohnungsnot herauszukommen. Die Beseitigung des Wohnungsnots ist und bleibt hauptsächlich eine Frage der Finanzierung. Es genügt nicht, immer zu fordern, daß die Wohnungsnot beseitigt werden müsse; es genügt nicht, schöne Bauprogramme aufzustellen; es genügt nicht, für einen Abbau der Miete bis auf 60 Prozent einzutreten, so wie es die Kommunisten tun; es genügt nicht, die Abschaffung der Hauszinssteuer als „unpopuläre Steuer“ zu fordern, wenn man nicht gleichzeitig Wege zeigt, wie auf andere Weise Mittel für die Beschaffung neuer Wohnungen flüssig gemacht werden können bzw. welche anderen Maßnahmen man vorschlagen hat. Mit dem Fordern allein war es von jeher nicht getan, das war immer Sand in die Augen derjenigen Personen, die nicht über die Gesamtzusammenhänge nachdachten, und es war immer so, wenn man einen Fortschritt für die Gesamtheit erzielen wollte, daß der Einzelne vorübergehend einmal der Leidtragende war. So waren es einmal die Hausbesitzer und einmal die Mieter, einmal der Besitz und einmal die Kleingarteninhaber, dann wieder die Grundstücksbesitzer und wiederum andere Kreise, die sich benachteiligt fühlten. Aber das Zentrum wog immer ab: Sind diese Eingriffe in die Freiheit des Einzelnen oder sind die Eingriffen der Mieten, sind die Abgaben an Steuern, sind die Beschränkungen irgendwelcher Art notwendig, um die Wohnungsnot und das Wohnungszwangswirtschaft zu lindern und damit der Gesamtheit zu dienen. Das Zentrum hat immer die soziale Pflicht gegenüber dem gesamten Volke an der Spitze gestellt. Das Zentrum sagte auch mit Recht von

Rückfall in alte Schifanengelüste.

Die Zerstörung der Festungsbauten.

Paris, 16. April.

Nach einer Meldung des „Journal“ und anderer Blätter sollen die alliierten Militärattachés einen Protest bei der Reichsministerkonferenz über die Haltung der deutschen Militärbehörden eingereicht haben, die sie gebieten hätten, die Zerkünderungsarbeiten in Königsberg, Rastlin und Glogau an Ort und Stelle zu verfolgen. An französischer zuständiger Stelle wird diese Nachricht bestätigt. Es wird jedoch erklärt, daß man aus dem besten Wege sei, den Zwischenfall beizulegen. Im übrigen wird der Presse zu verstehen gegeben, daß man den Zwischenfall nicht überreiten möge.

Es handelt sich hier nicht um Militärattachés, sondern um die Berliner Botschaften bzw. Gesandtschaften der Alliierten zugeteilten militärischen Sachverständigen für die Abwicklung der Restpunkte. denen ein Kollektivschritt gegenüber deutschen Stellen überhaupt nicht zukommt. An zuständigen Berliner Stelle wird hierzu erklärt, daß ein derartiges Verlangen der militärischen Sachverständigen nicht in Frage kommt, da die Beförderungsarbeiten an den Disbefeistungen erst im Juni beendet sein werden. Vorher ist die Hestellung der Veeendigung dieser Arbeiten überhaupt nicht auf.

Mitteil wird mitgeteilt: Es ist bekannt, daß von dem Dezember und Januar engbäufig geregelten Restpunkten der Entwaffnungsfrage einige, namentlich die vereinbarten Zerstörungsarbeiten an den Stillelegungen, praktisch noch der Durchführung bedürfen. Diese Durchführung ist im Gange und nimmt ihren normalen Verlauf. Von einer Kontrolle der deutschen Maßnahmen in der Form, wie sie von der internationalisierten Militär-Kontroll-Kommission ausübt wurde, kann nach der Zurückziehung dieser Kommission keine Rede sein. Dagegen entspricht es der Natur der Sache, daß über die Durchführung der deutschen Maßnahmen eine authentische Feststellung erfolgt. Hierüber finden fortlaufend diplomatische Erörterungen statt, an denen auch die auf Grund des Genfer Protokolls vom 12. Dezember den beteiligten hiesigen Botschaften zugeteilten Sachverständigen beteiligt sind. Es kann damit gerechnet werden, daß die ganze Angelegenheit auf diese Weise unschwer ihre Entscheidung finden wird.

lieber: Es handelt sich bei dem Problem nicht nur um die Linderung der Wohnungsnot, sondern es handelt sich zugleich um die Verrückung der Arbeitslosigkeit; es handelt sich um die Wiederaufbebung der Wirtschaft; es handelt sich um die Verrückung verschiedener Schäden der Kriegs- und Nachkriegszeit, die direkt oder indirekt auf die Wohnungsnot zurückzuführen sind, ganz abgesehen von den gesundheitlichen und sittlichen Problemen, die mit dem Wohnungselend in demselben Zusammenhang stehen.

Vor mehr als einem Jahr hat die Zentrumspartei ein ausführliches Bauprogramm aufgestellt, das jedoch leider fast bekämpft wurde. Damals wurde schon Einspruch erhoben gegen die Anlegung von Kapital im Wohnungsbau. Der Wohnungsbau sei unproduktiv. Die Wohnungsbaufähigkeit sei sogar unerwünscht. Die Zentrumspreffe hat seinerzeit diese Argumente zurückgewiesen und nachgewiesen, daß Kapital, das man in eine Maschine hineinsteckt, nicht im mindesten produktiver ist als das Kapital, das man rationell in die Arbeitskraft eines Menschen hineinsteckt. Die Völkische Deutschlands warnen ebenfalls vor der Auffassung, „als ob die Ausgaben des Staates und der Gemeinden für Wohnungsfürsorge, als deren Kernpunkt wohl mit Recht die Errichtung von Neubauten angesehen wird, nicht zeitgemäß seien, weil dadurch die Mittel für die Steigerung und Entfaltung der wirtschaftlichen Produktion beeinträchtigt würde.“ Die Völkische werfen die Frage auf: „Bedeutet denn nicht Volksgesundheit und allgemeines, festgesetztes Familieneben, die wiederum Vorbedingungen für Arbeitslust und Berufstreue sind, die wesentlichsten und wertvollsten Kräfte jedes soliden wirtschaftlichen Fortschritts?“ Heute vertritt die gesamte Öffentlichkeit die Meinung des Zentrums, leider ein Jahr zu spät.

Das Zentrum verlangte sodann die Verwendung von Anleihen. Das Geld sollte zu billigen Zinssätzen an Baukassette vergeben werden. Die Zinsbefreiung soll aus der Hauszinssteuer gedeckt werden. Der Besatz wurde bekräftigt. Die Anleihe kam nicht zustande. Heute treten fast alle Kreise für die Anleihe und für die Zinsbefreiung aus Mitteln der Hauszinssteuer ein, leider ein Jahr zu spät.

Das Zentrum wandte sich feierlich gegen den Gedanken, als trete eine Verrückung der Bauwirtschaft ein. Diese Gefahr könne nur eintreten, wenn man in der jetzigen unökonomischen Weise weiter baut, und wenn die Bauten nicht an die richtigen Bauten gelangen. Das Zentrum wollte deshalb die Vereinfachung der Arbeit auf das ganze Jahr, Herstellung der Häuser nach dem heutigen Stand der Technik, nach vorzuziehendem Typ und einheitlichen Normen. Auch das

Um die Räumung des Rheinlandes.

Paris, 16. April. Nach einer Meldung des Ber-

In einer Korrespondenz des „Journal“ soll Stresemann in einer Unterredung, die er vergangene Woche mit dem englischen Votschafter hatte, versichert haben, daß er sich infolge des Drängens der politischen Parteien und der öffentlichen Meinung gezwungen sehen werde, in kürzester Zeit die Frage der Zueilung eines Kolonialmandats an Deutschland vor den Völkerrath zu bringen. In Berliner parlamentarischen Kreisen erklärte man, daß die Reichsregierung diesen Schritt noch vor dem Zusammentritt des Völkerrundrates im Juni vornehmen werde. Was weiter die Frage der deutsch-französischen Verhandlungen hinsichtlich der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes anlangt, so habe Votschafter v. Hoesch in seiner letzten Unterredung mit Briand diesen erneut davon in Kenntniß gesetzt, daß die Reichsregierung die Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung auf Grund des Paragraphen 431 des Versailler Vertrages stellen werde, sobald die vereinbarten Zerstückelungsarbeiten in der Anlage der deutschen Ostbefestigungen beendet seien. In der gleichen Unterredung habe Votschafter v. Hoesch im Namen seiner Regierung eine Verminderung der rheinischen Besatzungstruppen bereits jetzt verlangt, um die schweren Lasten, die die Besatzung für die Bevölkerung bedeuten, zu erleichtern.

Wie die Telegraphen-Union hierzu an zuständiger
Verliner Stelle erfährt, hat Reichsaussenminister Dr.
Stresemann in seinem Gespräch mit dem englischen
Botschafter die Kolonialfrage überhaupt
nicht berührt. Was die Frage der Rheinflan-
dräumung anbelangt, so liegt es selbstverständlich in der
Linie der deutschen Außenpolitik, nach Beendigung der
Vorbearbeitungen bei den deutschen Oberbefehlshabern
und der damit erfolgten praktischen Erledigung der
Restpunkte auf die Räumung des Rheinlandes auf
Grund des Artikels 431 des Versailler Vertrages zu
dringen, während die Bemühungen für das besetzte
Gebiet, Entscheidungen zu schaffen, nach wie vor
weiter laufen.

gegen wandten sich andere Parteien und Wirtschaftskreise. Heute ist dieser Gedanke zum Allgemeinut geworden und es wird auch danach gehandelt, leider ein Jahr zu spät.

Das Zentrum verwies darauf, daß die Wohnungsnot nicht nur behoben werde, wenn man Familienwohnungen baue, sondern es verwies auch auf die damit verknüpfte Frage der Alters- und ledigenheimen, der Unterbringung von sozialen Mietern und die damit verknüpfte Frage der Bodenpolitik. Indirekt sollten durch Neubauten für Alters-, ledigenheimen usw. Wohnungen freigemacht werden. Erst langsam hat sich diese selbstverständliche Forderung durchgerungen, und da und dort geht man jetzt dazu über, die Anregung in die Tat umzusetzen, auch leider zu spät.

Das Zentrum kann seine Politik, die von Oppositionsparteien viel beklämpft wurde, öffentlich vertreten. Wer in Ruhe über die Gesamtzusammenhänge nachdenkt, wird wissen, wo sein Platz ist, da, wo man nur Mätrage stellt, um sich populär zu machen und dem Agitationsbedürfnis Rechnung zu tragen, oder da, wo man wirklich praktische Arbeit leistet, selbst auf die Gefahr hin, da oder dort nicht ganz verstanden zu werden.

Deutschland und Rußland.

**Telegrammwechsel
zwischen Litwinow und Stresemann.**

× Berlin, 17. April. Der stellvertretende Volkskommissar des Auswärtigen der Sowjetunion, Herr Litwinow, hat gestern an den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, das nachstehende Telegramm gerichtet:

Am fünften Jahrestage der Unterzeichnung des Rapallovertrages, welcher die Grundlage der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Union festgelegt hat, betonte der Reichspräsident, wie ihm als einem angenehmen Pflicht, Sie, Herr Reichsminister, sowie die Reichsregierung zu begrüßen. In der letzten Zeit haben sich die Beziehungen zwischen beiden Regierungen haben stets an den Prinzipien des Rapallovertrages festgehalten, was besonders auch beim Abschluss des Vertrages vom 12. Oktober 1925 und des Berliner Vertrages vom 24. April 1926 zum Ausdruck gekommen ist. Die Regierung der Union ist der vollen Überzeugung, daß die Befestigung und Vertiefung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Union vollkommen im Interesse beider Völker und Völker liegt. Sie hat sich überzeugt, daß die im Laufe der fünf Jahre so zahlreichen Grundzüge des Rapallovertrages auch weiterhin die Voraussetzung für die günstige Entwicklung der sowjet-deutschen Beziehungen bleiben und die Förderung des Friedens, der für die Völker der ganzen Welt so nötig ist, dienen werde."

Der Reichsaussenminister hat dem Herrn Litwinow darauf
folgendem Telegramm geantwortet:

„Für die freundlichen Worte, die Sie, Herr Volks-
minister, aus Anlaß des fünfsten Jahrestages des
Vertrages von Rapallo an mich gerichtet haben, danke
Ich Ihnen verbindlich. Sie können überzeugt sein, daß
meine Gedanken, die Sie in Ihrem Telegramm zum Aus-
druck bringen, nicht nur bei mir persönlich, sondern auch
bei der Reichsregierung lebhaften Widerhall
finden. Ich teile Ihre Überzeugung, daß die auf der
Grundlage des Vertrages von Rapallo eingeleitete und
durch den Vertrag vom 12. Oktober 1926, sowie durch
den Berliner Vertrag vom 24. April 1926 befrä-
tigte und sachliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjet-
union und Deutschland und den Interessen der beiden Län-
der dient, und hege den aufrichtigen Wunsch, daß die in
den Verträgen heftgelegten Grundsätze sich auch in Zu-
kunft bewähren und zur Erhaltung des allgemeinen
Lebens beitragen mögen.“

Albrecht König von Ungarn?

X Berlin, 16. April. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Budapest:

In Kreisen, die über die politischen Absichten Oesterreichs unterrichtet zu sein pflegen, wird behauptet, daß Rom zwischen Oesterreich und Rußland auch die Frage der Besetzung des ungarischen Kaiserthrones zur Sprache kam. Man will gar kein Wissen haben über Abmachungen, wonach Rußland die Thronerhebung des Erzherzogs Friedrich unterstützen werde. Der ungarische Kaiserthron gäbe auch die auffallend langen Konferenzen zwischen dem Papste. Die Abmachungen würden auch von England gutgeheißen, sodaß man sich auf eine baldige Kaiserwahl in Rom gefaßt machen könne.

Graf Bethlen über seine Italienreise.

→ **Budapest, 16. April.** Ministerpräsident Graf Bethlen äußerte sich nach seiner Rückkehr nach Budapest zumalstigen gegenüber: Ich bin mit dem Ergebnis meiner Reise äußerst zufrieden. Mit meiner Reise beziehe ich in erster Reihe die Frage des Ausganges ganz zu dem Meere und den Abschlüssen des Handelsvertrages zu fördern. Der Ministerpräsident gedachte in Worten größter Anerkennung Persönlichkeiten Mussolini und erklärte: Die magyarische Regierung werde das sozialistische System besonders in seinen sozialen Beziehungen einem Studium unterziehen. Dies bedeutete jedoch keineswegs, als eine Kopie des Faschismus angestrebt würde, sondern bloß, daß die Reformen, die sich im sozialistischen Prinzipien praktisch und erfahrungsgemäß bewähren, auch in Ungarn übernommen werden sollen.

Die Beilegung des schweizerisch-russischen Konflikts.

Die russischen Forderungen erfüllt.

▲ Berlin. 16. April. Zwischen der russischen Botschaft in Berlin, Krestinski, und dem schweizerischen Gesandten in Berlin, Rüfenacht, wurde die nachstehende Erklärung ausgetauscht:

Im Hinblick auf das Bestreben der Regierung der Union der S. S. A. und der schweizerischen Eidgenossenschaft, den zwischen den beiden Staaten bestehenden Konflikt beizulegen, der infolge der Verletzung des Herrn Porowski während der Konferenz in Lausanne und infolge des Attentats auf die Herren Arens und Dimitroff entstanden ist, erklärt der schweizerische Bundesrath erneut, daß diese verbrecherischen Handlungen durchaus verurtheilt und sehr bedauert. Er wird überdies im Interesse der Verständlichkeit bereit sein, wenn einmal Verhandlungen zwischen den Regierungen der Union der S. S. A. und der schweizerischen Eidgenossenschaft über die Gesamtheit der zwischen den beiden Ländern noch unerledigten Fragen eingeleitet werden, den Forderungen des Herrn Porowski eine materielle Befriedigung zu gewähren, deren Art und Weise gleichzeitig mit diesen Fragen wird diskutiert werden können.

Damit erklären die beiden Regierungen, den zwischen den beiden Ländern bestehenden Konflikt als beilegend

die gegenseitigen Sperrmaßnahmen als aufgehoben."

Bestenfalls hatten die Ermordung des russischen
Botschafters zu Konstanze von Lausanne, Nikolowski,
einem Bruch der Beziehungen zwischen Rußland und
Schweiz geführt. Dieser Abbruch der gegenseitigen
Beziehungen beschränkte sich nicht nur auf das diploma-
tische Gebiet, sondern er griff auf alle direkten Bezie-
hungen zwischen diesen beiden Staaten über und hatte
einen Auswirkung regelt das Aussehen eines
hört. Seit Jahren liefen die Verhandlungen,
zu einer Einigung zwischen den beiden Staaten zu
kommen. Daran hatten nämlich nicht nur diese beiden
Interesse, — was zwei Staaten normalerweise immer
möglich ihrer guten Beziehungen haben, — sondern
auch anderen Staaten, wenigstens soweit sie dem
Interesse und angehören, teilten: dieses Interesse,
doch Rußland des Interesses zu verstehen gegeben, daß
wegen dieses Konfliktes mit der Schweiz
nicht in der Lage wäre, den Verhandlungen des
Vertrages, die sich auf Schweizer Boden abspielten,
beizuhelfen. Kummer ist es durch Verhandlungen, die

seit einiger Zeit in Berlin zwischen dem russischen Vot-

Die Einigung ist ganz offenbar auf der Grundlage der Forderungen erfolgt, die von den Russen erhoben worden sind. Das geht daraus hervor, daß man schweizerseits offenbar geneigt ist, der Frage einer Entschädigung an die Länder des ehemaligen Österreich-Ungarns näherzutreten. Es ist dies von der Schweiz immerhin als ein Zeichen politischer Reue zu werten. Gerade in den letzten Wochen hat es sich doch gezeigt, welche praktischen Auswirkungen die russische Weigerung hatte, auf Schweizer Boden an irgendwelchen internationalen Verhandlungen teilzunehmen. Es war doch nicht abzulehnen, daß das Fehlen Russlands bei der letzten vorbereitenden Abrüstungskonferenz von allen beteiligten Mächten als ein erhebliches Manko betrachtet worden ist. Allerdings würde selbst eine Teilnahme Russlands an irgendwelchen Verhandlungen des Völkerbundes noch nicht bedeuten, daß Russland damit auch in den Völkerbund einzuweisen gewollt ist. Die Erklärung Tschischerows vom 6. Dezember vorigen Jahres läßt in dieser Hinsicht sehr wenig Hoffnung aufkommen. Aber selbst, wenn Russland nur, ähnlich Amerika, an der kommenden Weltwirtschaftskonferenz und an den weiteren Abrüstungsverhandlungen als Zuschauer teilnimmt, so dürfte das für die weltpolitische Gesamtlage nur von Vorteil sein können. Und auch sonst kann es nur begrüßt werden, daß die Atmosphäre zwischen der Schweiz und Russland, die seit dem verhängnisvollen 10. Mai 1923 mit Unheil geladen war, bereinigt ist.

Moskau weitere Absichten.

Moskau, 16. April. „Sowjetika“ führt in einem Artikel aus: Obwohl das Protokoll die öffentliche Meinung der Sowjetunion nicht vollständig befriedigt, entspricht es doch in seinen beiden Punkten den von der Sowjetregierung noch im Sommer 1923 aufgestellten Grundsätzen. Das Blatt des Kremls meint weiter, daß die Schweiz unter einem Druck des Völkerbundes gehandelt habe, als sie sich zu den Berliner Verhandlungen und schließlich auch zur Unterzeichnung des obenstehenden Protokolls entschloß. Das wird natürlich sowohl vom Völkerbund wie auch von der Berner Regierung bestritten werden, und formal sicherlich mit Recht; immerhin wird man sich einfinden, daß schon im letzten September und dann wieder während der Verhandlungen im Dezember und im März von englischen Einwirkungen in Bern geredet wurde. Und der Wunsch der Großmächte, Moskau den Vorwand für seine Nichtbeteiligung an den großen Genfer Konferenzen zu nehmen, ist, wie gesagt, verständlich. Aber auch Moskau hat, mag es das auch leugnen, selber ein Interesse daran, aus jener starren Haltung herauszukommen, denn wie viel oder wie wenig es sich auch in Genf den Realitäten anpassen möchte, in jedem Falle bietet ihm das Mittel diplomatische und andere Chancen, die es sich nicht auf die Dauer entgehen lassen kann. Vorläufig will es noch eine beobachtende Stellung einnehmen. „Ökonomischaja Schiza“ bemerkt u. a.: Die Sowjetunion hat jetzt gezeigt, daß ihr an einer freiwilligen Isolierung nichts gelegen ist. Erst die Zukunft wird aber zeigen, ob die Völkerbundstaaten eine Beteiligung Russlands an der Abrüstungs- und der internationalen Wirtschaftskonferenz wirklich auf richtig wünschen oder ob das Außenministerium dieser oder jener Großmacht mit der Heranziehung Russlands nicht besondere Absichten verfolgt.

Die Verhärtung des albanischen Konfliktes.

Die albanische Frage schien bereits durch das Eingreifen der europäischen Großmächte, wenn nicht endgültig beigelegt, so doch mindestens einem kommenden endgültigen Ausgleich verheißungsvoll zugeführt. Die Einigung einer französisch-englisch-deutschen Untersuchungskommission, die die militärischen Bewegungen an den albanischen Grenzen aus eigener Anschauung zu prüfen hätte, und die Zustimmung sowohl der Belgrader wie der römischen Regierung zu einer direkten Aussprache zwischen den Parteien über alle strittigen Gegenstände, ließen der Hoffnung Raum, daß der Konflikt in Friedenswege beigelegt und der Stein des Anstoßes für alle Zukunft aus dem Wege geräumt würde. Allerdings hatte man in Belgrad sogleich zu verstehen gegeben, daß eine wirkliche Vereinigung des albanischen Streitkreises nur durch eine den jugoslawischen Interessen angemessene Revision des zwischen Italien und Albanien geschlossenen Tirana-Vertrages möglich wäre. Von italienischer Seite hatte man zunächst keinerlei Einwendungen dagegen erhoben. Umso größer ist jetzt die Überraschung, daß die italienische Regierung in einer ziemlich scharf gehaltenen amtlichen Erklärung zur Kenntnis bringt, daß weder irgendwelche Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad begonnen hätten, noch daß überhaupt schon ein Termin für eine derartige Rücksprache festgesetzt worden sei; ferner es aber zu irgendwelchen Verhandlungen, dann könnten sich diese nur auf die allgemeinen Beziehungen der beiden Länder erstrecken, der Vertrag von Tirana bleibe jedoch außerhalb jeder Diskussion. Es ist begreiflich, daß diese italienische Verlautbarung in Belgrad große Unruhe hervorgerufen hat. Selbst wenn sich die jugoslawische Regierung auf die Forderung einer Interpretation des Tirana-Vertrages beschränken sollte, würde es unmöglich sein, diesen Vertrag selbst zu erklären. Das ist es aber gerade, was Mussolini nicht will und was er auch gar nicht kann, eben weil die Auslegung, die man in Belgrad dem Vertrag selbst zu entnehmen möchte, das Ende der Unabhängigkeit Albanien bedeute, die richtige ist und von Mussolini nicht bestritten werden kann. Der Duce verfährt daher nach dem bekannten Prinzip: „Kastet den Döbel!“ und läßt durch seine Presse die jugoslawische Regierung von neuem mit militärischen Vorbereitungen an der albanischen Grenze beschuldigen. Angeblich stehen 10.000 Mann bereit, in Albanien einzufallen, während 10.000 Mann erblicher Gendarmen die Grenze abriegelt. Trifft das zu, dann müßte ja eigentlich für die oben

erwähnte Untersuchungskommission zu Zeitpunkt gegeben sein, um in Tätigkeit zu treten und über ihr Ergebnis an die Mächte zu berichten. Von Jugoslawien allerdings verlautet, daß es sich direkt an den Völkerbund wenden wollte, was die Mächte selbstverständlich zu verhindern wissen werden, weil sie sich am besten darüber klar sind, daß der Völkerbund eine solche Belastungsprobe nicht vertragen würde.

Jugoslawische Vorwürfe gegen Italien.

Belgrad, 16. April. Die offizielle „Samoprawa“ polemisiert heute heftig gegen das „Giornale d'Italia“ und beklagt, daß die Angriffe gegen Jugoslawien wegen angeblicher Kriegsvorbereitungen immer noch fortgesetzt würden, obwohl sie längst als vollständig unhaltbar erwiesen seien. Es gäbe sowohl in

Süditalien wie in Italien Leute, die eine italienisch-süditalienische Verständigung nicht wünschen. Die Haltung der großen italienischen Blätter beweise aber, daß es auf italienischer Seite die offiziellen Kreise an gutem Willen fehlen lassen. Das „Giornale d'Italia“ wolle außerdem die Diskussion auf ein Nebenglied abschieben, indem es das Verbot des Kaufes und des Verkaufes von Immobilien durch Fremde in einer Zone von 50 km von der jugoslawischen Landesgrenze in den Mittelpunkt stelle. Jugoslawien könne aber nicht zugeben, daß an die Stelle der Hauptfrage, nämlich die der internationalen Lage Albanien, irgendwelche Nebensachen gestellt würden.

Belgrad appelliert an Genf?

Belgrad, 16. April. Diese maßgebende politische Kreise verhehlen sich nicht die neuerlichen Schwierig-

Die Rantonbewegung vor dem Scheitern.

Die Not an die Mächte.

Nach den neuesten Meldungen läßt sich eine Verschärfung der Lage in China konstatieren, insofern als Tschangtschi mehr und mehr seine politische Macht auswirkt und in zunehmendem Maße seine militärische Organisation in den Vordergrund rückt. Er nähert sich dadurch immer mehr dem Zweck der anderen Generäle, die nur aus persönlichem Ehrgeiz, wenn nicht sogar um wirtschaftlicher Vorteile willen, die Gegner bekämpfen. Nach Moskauer Nachrichten soll der General das politische Komitee bei der Herbeiführung verhaßter und sämtlicher politischer Stellen der Armee aufgehoben haben. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als das drohende Ende der ganzen Rantonbewegung, die in ihrer Idee und in ihrer Organisation an den verstorbenen Reformator Sun Yat Sen zurückgeht. Ist aber erst die Idee der rantonischen Bewegung zusammengebrochen, dann ist sie zugleich auch ihrer geistigen Stütze beraubt. Tschangtschi selbst wird vermutlich bei irgendeiner der Mächte Ansuchen machen, wahrscheinlich zunächst bei den Japanern, die in ein natürliches Bedürfnis haben, England aus dem Pankaj-Tale herauszubringen. Schon aus dieser Betrachtung geht hervor, daß sich die Gefahrenzone im Fernen Osten erheblich verbreitert hat und daß die Dinge sehr schnell zu noch tieferen in die Erscheinung tretenden Gegensätzen zwischen den intervenierenden Mächten führen müssen.

Auch die Tat der rantonischen Außenminister ist auf dasselbe Ziel gerichtet, nämlich Auspielung der Mächte gegeneinander. In geschickter Weise hat er die Ranton-Note der fremden Mächte beantwortet, indem er die Einlegung einer internationalen Untersuchungskommission vorgeschlagen hat. Wird aber die Frage der Verletzung der unbedingten Stadt Pankaj durch Flottenstreitkräfte der Mächte untersucht, dann wird sich die verschiedene Stellungnahme der intervenierenden Mächte zum chinesischen Problem mit aller Offenheit erweisen. Tschangtschi appelliert an das amerikanische Volk, in dem die Mächte, insbesondere Amerika, England und Japan der Herbeiführung eines neuen Krieges zur Regelung aller diese Mächte interessierenden pazifischen Fragen beizutreten werden trifft durchaus den Kern der Sache. Auch hier aber zeigt sich wieder die völlige Ohnmacht des Völkerbundes, der diese brennende Frage nicht anzufassen wagt, weil er weiß, daß er nicht heil aus einer solchen Diskussion hervorgehen würde. Die russische Gefahr scheint ebenfalls nach dem Gange der Dinge zur Zeit eine viel geringere zu sein als das Rindbeinmüßel, das sich aus dem Interessenkonflikt in erster Linie zwischen England, Amerika und Japan ergeben kann.

Ranton in Amerika.

Berlin, 16. April. Ueber die Antwortnote der Rantonregierung an die Washingtoner Regierung wird berichtet: Die Note besagt im wesentlichen, daß die Rantonregierung bereit sei alle angemessenen und notwendigen Reparationen für die persönlichen Verluste amerikanischer Staatsangehöriger in Ranton und ihre jüdischen Schwestern zu leisten, außer in den Fällen, wo nachgewiesen werden würde, daß diese Schäden durch britische und amerikanische Kriegsschiffe oder auch durch Vandalismus der Nordarmee verursacht worden seien. Was die Verletzung der rantonischen Truppen betrifft, so erklärt die Rantonregierung, daß eine strenge Untersuchung im Gange sei. Die Note schlägt eine Untersuchung durch eine internationale Kommission vor, um die Schuldfrage zu klären. Diese Kommission solle zu gleicher Zeit auch die Umstände des Bombardements von Ranton durch amerikanische Marinekräfte untersuchen, da Ranton eine uneingeschränkte Stadt sei. Außenminister Tschangtschi macht weiter den Vorbehalt, daß sowohl die geforderten Reparationen wie auch die verlangte Untersuchung durch Tschangtschi selbst von dem Ergebnis dieser Untersuchung abhängig gemacht und daher einflußvoll zurückgestellt werden. Zum Schluß erklärt die Rantonregierung ausdrücklich, daß sie für den Schicksal des Eigentums und des Lebens der Ausländer eintrete, macht aber darauf aufmerksam, daß dieser Schicksal durch das Weiterbestehen von ungerichteten Verträgen erschwert werde, die mit der Größe und der Kraft der chinesischen Nation unvereinbar seien.

Die Antwort an Frankreich.

Paris, 16. April. Heute hat eine Anzahl der vom Außenminister Eugen Fian der französischen Regierung übermittelten chinesischen Antwortnote auf den Protest gegen die Zwischenfälle von Ranton, die sich im allgemeinen mit der bereits veröffentlichten Antwort an die Vereinigten Staaten deckt. Der einzeln abweichende Passus besagt, daß sich die chinesische Regierung zur Bildung einer chinesisch-französischen Untersuchungskommission bereit erklärt, wenn diese Kommission 1925 nach Frankreich ansetzt, für die französischen und die englische Regierung verantwortlich zu machen sind.

Unangenehm und undurchführbar!

Paris, 16. April. Wie die Agentur Havas aus Peking berichtet, sind die Gesandten der fünf Mächte zusammengetreten, um die Antworten Eugen Fians an die Sanfuer Konferenz zu prüfen. Sie sind übereingekommen, ihren Regierungen einige Erwägungen zu unterbreiten. Sie sind der Ansicht, daß die Antwort der Rantonregierung unangenehm und undurchführbar ist und daß sie ein diplomatisches Manöver darstellt mit dem Ziel, die Verantwortung der Forderungen der Mächte herabzumindern. Sie werden auch die Mächten in Vorkommen. Sie aber eine klare Antwort auf die erhobenen Vorwürfe hinsichtlich der Forderungen, Leben und Besitz der Aus-

länder zu respektieren. Aber es handelt sich hier um eine einfache Erklärung ohne jede praktische Garantie. Infolgedessen schlagen die Vertreter der fünf Mächte ihren Regierungen vor, sich zu verständigen, um Eugen Fian eine neue Note zukommen zu lassen, die sich auf der Grundlage dieser Erwägungen aufbaut.

England und die Rantonregierung.

London, 16. April. Die Association meldet, angeblich inspiriert, daß in der letzten Rantonregierung gewisse Beschlüsse über die schwierige Frage der Sanktionen gegenüber den Rantonisten im Benehmen mit dem Ersten Lord, Beatty, und Luftmarschall Trenchard gefaßt wurden. Dieses sei einer der Punkte gewesen, bezüglich derer die fünf Mächte eine Übereinstimmung unmöglich fanden und die infolgedessen aus den Rantonisten herausgelassen wurden. In manchen Kreisen sei die Entscheidung über die Schwäche des von den fünf Mächten erhobenen Protestes ausgedrückt worden. Aber es sei bekannt, daß der Vorfall der identischen Noten das größte gemeinsame Maß von Übereinstimmung darstelle, das erzielt werden konnte. Es werde von Seiten, die in enger Fühlung mit dem Rantonisten stehen, erklärt, daß keinerlei Absicht bestehe, die Frage fallen zu lassen. Die britische Regierung sei entschlossen, wenn eine unabhägige Aktion bedeute, die Forderung nach Reparation, Verhaftung und Entschädigung zu erörtern. In maßgebenden Kreisen werde erklärt, daß, sollte eine Wiederholung der Rantonistenaktionen erfolgen, „drastische Schritte“ unternommen würden. Die Admirale in Shanghai erörtern untereinander, welche Maßnahmen möglich seien, aber bei den Regierungen der in Betracht kommenden Nationen läge allein die Verantwortung für eine etwa notwendige Aktion. Die rantonische Ansicht scheint jetzt Großbritanniens immer häufiger zu werden. Die Antworten der Rantonisten auf die Proteste der Mächte würden von den britischen Behörden kaum für befriedigend angesehen werden. Tschangtschi sei reichlich Mandärier- und verpöhlte sich zu nichts außer Wiederholung für den den Konsulaten zugefügten Schaden.

Endgültige Spaltung der Kuomintang.

Kanton, 15. April. Das Zentralkontrollkomitee der Kuomintang verurteilt in einer Entschließung das Sanfuer Regime und fordert die Festnahme zahlreicher extremistischer Führer in Kanton als Störer der öffentlichen Ordnung in China. Zu den Extremen gehören Vorodin, Justizminister Suchien und Scantoufu, der Führer der kommunistischen Partei. Eugen Tschangtschi ist nicht genannt worden, da er nicht als kommunist, sondern als Werkzeug Vorodins angesehen wird. Die Entschließung stellt die endgültige Spaltung der Kuomintang dar.

Tschangtschis Säuberungsaktion in Shanghai.

Paris, 16. April. Nach den letzten hier vorliegenden Meldungen wurde in Shanghai die von extremen Elementen der Kuomintang gebildete Regierung am 14. aufgelöst und die Mitglieder der Regierung, die sich nicht fügen wollten, eingesperrt. Das Gebäude der Kuomintang wurde militärisch besetzt und die extremen Elemente aus der Partei ausgeschlossen. Die Enthauptung des Führers der Shanghai Arbeitergewerkschaft wurde am 14. vollzogen.

Zusammenbruch des Streiks.

Shanghai, 16. April. Der vom Generalkomitee der Gewerkschaften als Protestkundgebung gegen das Vorgehen der Soldaten Tschangtschis verordnete Generalstreik ist im Fortschreiten des Abwärtens begriffen. 35.000 streikende Arbeiter haben heute die Arbeit wieder aufgenommen.

Schwere Kämpfe zwischen Nationalisten und Kommunisten in Ranton.

London, 16. April. Während die Lage in Shanghai nach dem Zusammenbruch des Generalstreiks im allgemeinen ruhig ist, sind nach den heute in London eingetroffenen Meldungen in Ranton schwere Kämpfe zwischen Nationalisten und Kommunisten ausgebrochen. Die Wärs der örtlichen Gewerkschaften wurden gestern von nationalistischen Truppen umzingelt. Bei den darauf folgenden Straßenkämpfen wurden über 100 Personen getötet. Gleichzeitig wurden Tausende von Arbeitern entlassen. In Wuhsu ist eine Truppe von 500 nationalistischen Soldaten eingetroffen, die alle die Stadt passierenden Flußschiffe durchsuchten.

Der alchinesische Gewerkschaftsverband an die Gewerkschaften.

Berlin, 16. April. Nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur aus Kanton hat der alchinesische Gewerkschaftsverband die Gewerkschaften der ganzen Welt zur Unterstützung des chinesischen Volkes in seinem gegenwärtigen Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit aufgerufen. Die Gewerkschaften, so heißt es in dem Aufruf, seien die einzige organisierte Kraft, die in allen Ländern besteht und in der Lage ist, die Katastrophe eines bewaffneten Konfliktes durch einen Druck auf ihre Regierungen zu verhindern. Zum Schluß des Aufrufes wird die Zurückziehung aller Kriegsschiffe und bewaffneter Kräfte aus China und die Errichtung eines brüderlichen Bundes zwischen den chinesischen Gewerkschaften und den Gewerkschaften des Westens gefordert.

Abreise russischer Volkschaftsmitglieder aus Peking.

Peking, 16. April. Heute morgen sind 30 Mitglieder der hiesigen Sowjetbotschaft abgereist.

keiten infolge des italienischen Standpunktes, daß der Vertrag von Tirana nicht diskutiert werden dürfte. Die italienische Seite betont aber, daß weder dieser italienische Standpunkt noch die wiederholte Pressekampagne gegen Jugoslawien (das „Giornale d'Italia“ brachte neue „Entpöhlungen über jerbische Mordungen“) die Belgrader Regierung davon abhalten werde, durch Vermittlung der Großmächte zu einer direkten Verständigung mit Rom zu gelangen. Im Falle eines Mißlingens dieser Verhandlungen müßte der Völkerbund eingreifen.

Abberufung des Belgrader albanischen Gesandten.

Belgrad, 16. April. Die Abberufung des albanischen Gesandten in Belgrad, Gena Beq, steht, wie verlautet, kurz bevor. Er selbst erklärte freilich, er habe zwar noch keine amtliche Mitteilung erhalten, glaube aber, daß die Nachricht wahr sei. Schon vor einem Monat habe er um seine Abberufung nachgehakt. Bekanntlich hat der Gesandte, der ein Schwager Ahmed Jokus ist, seinerzeit auf die italienische Politik die italienischen Behauptungen als lächerlich bezeichnet.

Sehr ernste Situation.

Paris, 18. April. „Petit Parisien“ läßt sich aus Belgrad melden, daß die friedliche Regelung des italienisch-jugoslawischen Konflikts infolge der Haltung der italienischen Regierung auf sich selbst gestellt zu sein scheint. Das offizielle Communiqué, in welchem Rom seine Absicht bekundet, seine Interpretation des Tirana-Abkommens zuzulassen, komme einem Bruch gleich. Die Regierung von Belgrad, die sich an die Anregungen der Großmächte halte, werde ihren Standpunkt in der Frage der internationalen Lage Albanien nicht ändern. Das Problem erscheine also unauflösbar und der Horizont des Balkans verfinstere sich aufs neue. Die Regierung in Rom scheint zu den schlimmsten Eventualitäten bereit zu sein. Die Großmächte müßten in dem Streitfall intervenieren, dessen Ernst man sich nicht verhehlen könne.

Austritt des Kabinetts Munowitsch.

Belgrad, 16. April. (Agentur Wola.) Ministerpräsident Munowitsch überreichte heute nachmittags um 6.15 Uhr dem König die Austrittserklärung des Kabinetts. Dieser Austritt wird eine Erweiterung der Regierungsbildung erfordern.

Der ehemalige albanische Kriegsminister hingerichtet.

Belgrad, 17. April. Der ehemalige Kriegsminister von Albanien, Oberst Gyljarbi, wurde am Freitag hingerichtet. Der Oberst der früherer Offizier in der österreichisch-ungarischen Armee war unter dem Namen Ahmed Beq Jokus solange er seinen Vertrauen genoss, Kriegsminister. Da Gyljarbi die nach Italien orientierte Politik Ahmed Beqs nicht mitmachen wollte, fiel er in Ungnade und wurde interniert. Vor kurzem wollte er nach Montenegro flüchten, wurde aber an der Grenze verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt, das ihn zum Tode verurteilte.

Deutsches Reich.

Bevorstehende deutsch-polnische Verhandlungen.

Berlin, 16. April. Die deutsche und die polnische Regierung sind sich darüber einig geworden, daß in der zweiten Hälfte des Monats Mai über die Aufnahme des polnischen Moratoriums vom 2. November 1919 über das Eigentum der Körperschaften des öffentlichen Rechts in den durchschnittenen Grenzstreifen, über die von den Kommunisten in den abgetrennten Gebieten geleisteten Unterhaltsbeiträge für Kriegsgefangene, sowie über Auslieferungsfragen Verhandlungen eingeleitet werden sollen.

Welschmantel legt sein Mandat im bayerischen Landtag nieder.

München, 16. April. Der Zentrumsgewählte im bayerischen Landtag, Dr. Leo Welschmantel, wird sein Landtagsmandat niederlegen. An seine Stelle tritt der bekannte Schriftsteller Josef Kral.

Kleine Auslandsnachrichten.

Hausjuchungen bei Kommunisten.

Paris, 16. April. Dem „Matin“ wird aus St. Nazaire gemeldet, daß die Sicherheitspolizei bei einigen dort wohnhaften Kommunisten Hausjuchungen vorgenommen habe, die den Verdacht befestigten, daß diese zu Gunsten der Sowjets Spionage betrieben hätten.

Auflösung der Sobranje.

Sofia, 16. April. In der nächsten Nummer des Staatsanzeigers werden die förmlichen Dekrete über die Auflösung der gegenwärtigen Sobranje, deren Mandat abgelaufen ist, und über die Festlegung der Neuwahlen auf den 29. Mai d. J. veröffentlicht werden.

Cuno beim Präsidenten Coolidge.

Washington, 16. April. Präsident Coolidge empfing heute den ehemaligen Reichskanzler Cuno in Anwesenheit des Vizepräsidenten von Mahan und nahm mit herzlichem Gedenken die Mitteilung von der Ankunft des neuen Botschafters in New York entgegen. Der Präsident bekundete weiter warme Anteilnahme an der Gesamtlage Deutschlands, insbesondere an seinen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Das Flugzeug „Amerika“ beim Landen verunglückt.

New York, 18. April. Das für den Flug von New York nach Paris bestimmte Flugzeug „Amerika“ überschlug sich gestern bei einem Probe- flug bei den Landungsmanövern in der Nähe Newports infolge zu starker Vorderbelastung. Die Insassen, die Nordpiloter Byrd und Bennett, sowie Leutnant Mobille, wurden durch Arme- und Wehrkräfte verletzt. Der vierte Insasse, der Erlinder Potter, blieb unverletzt. Der New York-Paris-Flug wird durch das Unglück nur um einige Wochen verschoben. Das Flugzeug ist nicht zu reparieren.

Potter erklärte, der Unfall des Flugzeuges „Amerika“ sei dadurch verursacht worden, daß bei der Landung die Spitze im Vorstrecken blieb, so daß sich das Flugzeug überschlug. Der Flug nach Paris ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Dagegen will der Flieger Byrd mit seinem Flugzeug, das von einem Wehrdienstverpflichteten gewonnen wurde, innerhalb der nächsten 2 Wochen einen Flug nach Paris versuchen. Er wird 600 Gallonen Benzin mitnehmen. Das Flugzeug ist sehr angestrengt, um bei Unfällen von Schiffen leicht geflohen zu werden. Der Flieger Byrd plant gleichzeitig mit Byrd auf einem Flugzeug, das den Namen „American Legion“ trägt, zu fliegen. Für das erste Gelingen des Fluges ist von einem New Yorker ein Preis von 25.000 Dollars ausgesetzt worden.

Die für die Ermittlung angelegten Spiele sind sich feststellen, daß sie besser liegen und aus fürstlichen Anwandern Schalles heimlichem nen und Schalle 04 dort fertig gemacht werden sonntags, wo der Ruheliche Leistung in diesem kam, wie er im vorigen befristetester W. A. A. Adin unter Sch wurde. Solche schied wenn sie ungewollt er bekanntlich nichts an der W. A. A. der dom ter Spieler eingezeichnet nicht stattd. Das Schalle 04 zum letzten treten können. Durch indes beisehen, daß gleichen Anstosses ge rheimlichen Sportplatzes konnten. Anstatt sich einer ausstehenden M sächlich viele, die den wollen.

Spielverein Duisbu kann sich hierfür in er Bauwesen bedanten. W ihm halten und ihn ob sequent die Beschwerde lich bewundern müssen, los werden, daß er es l Spielverein hielt und fcheidung in der weite beeinflusst hat. Schall und hoffentlich nicht im am Düsseldorf Bahnh So schnell wie die Ma fle auch wieder verhö

Obwohl nach dem in Duisburg gefeiert wählte man für dieses Stadion, sondern den als viel zu klein erwie W. A. A. verloren ginge des Rheinlands aus aufstufte, wäre die Abga ein Satz der nach der gemachten Erfahrung in sichtlich bezahlt gewesen seinen Grund, sich vor noch seiner hohen Ginn noch unterliegt er selb Wenn das eingetende w wird, so sollte man doch die Kosten der Unterhalt den Sportbewegung ent die Dauer aus dem werden. Es ist klar, daß, wenn die Stadber den kürzeren geht.

Der Andrang zum S getta recht groß. Nach das nichtschöne Publi scheinbe Zuschauer — r Erlebnissen durch die zahl hatte, der wolle r des selbst die Scherle einen „großen Mann“ gewöhnliche beim für die war misamt der Polize möglichst hatten len, stehen, sich zwei Stund die Meile in den Leib j wird sich die Plätze mer zu sehen gibt.

Fortuna war har Verletzungen Schalles, zum Stadion machten schlie, erlegte sie, wie Schnellleiste. Durch W gewandt verlor; sie und stürzte mit drei M auf gewinnen müßte. war kaum ein Verleger. mannhaft, während der durch Mantelkäufe gefä ging trotz überlegenen daß sich die Winterman nicht anzupassen verstan plette. Es war eben w der laufen konnte, berle Einsparungen machte konnte. Das Spiel wäre Schalle 04 ist nun während Fortuna-Düssell gleich steht, so daß zwisch viel nicht ist. Der G der ersten aus der Ru dort, um den 3. Platz zu kommen, so wäre zwisch Spielverein ein Ausstößt man ebenfalls schon nach ist einerseits gut, daß es

Das Entscheidungsspi und Kurheffen Spiel in Das Entscheidungsspi deutschen Runde der Welt leichen Vereinen Fort

100